



WISSENSCHAFT

Wissenschaftler und Hilbers warnen: Die EU darf ihren Stabilitätspakt nicht aufweichen

Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU) hat sich fachkundigen Beistand für die aktuelle finanzpolitische Debatte geholt: Der Nürnberger Wirtschaftswissenschaftler Prof. Thies Büttner hat in einer Veranstaltung des Ministeriums für die Beibehaltung strenger Stabilitätskriterien in der EU geworben. Angesichts der Herausforderungen von Corona-Krise und Krieg in der Ukraine, die nachhaltigen Einfluss auf den Welthandel haben, hänge das Schicksal der EU jetzt „von den selbstgesetzten Obergrenzen“ ab, betonte Büttner. Hilbers stimmte ihm zu und hob hervor: „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt darf auf keinen Fall aufgeweicht werden.“ Sollten die EU-Mitgliedsstaaten anders entscheiden, könne das dauernde negative Auswirkungen haben. „Die Wirtschaftsentwicklung hängt entscheidend davon ab, welches Vertrauen die Investoren in die Währung und ihre Stabilität haben“, hob Hilbers hervor. Eine zu hohe Staatsverschuldung wirke auch auf die Planung von Unternehmen abschreckend: „Viele von ihnen ahnen: Die Schulden von heute werden die Steuererhöhungen von morgen sein.“

Die Veranstaltung des Finanzministeriums stand unter dem Titel „Bietet die Schuldenbremse den notwendigen Freiraum, um auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können?“ Zwar ging Hilbers nicht explizit auf den Auslöser ein, aber das Angebot kann als Reaktion auf eine Meinungs-

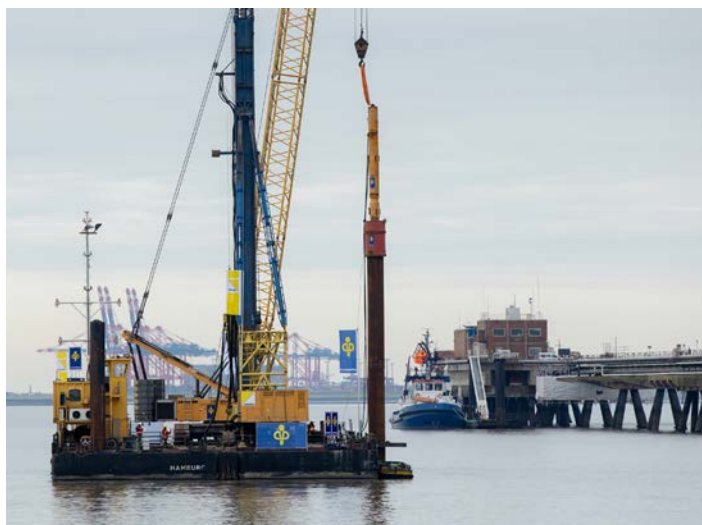
äußerung von Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und eine Programmposition der SPD verstanden werden. Weil hatte wiederholt betont, er sei „kein Fan der Schuldenbremse“. Im Programmentwurf der SPD für die Landtagswahl stehen zwar die Sätze: „Die Schuldenbremse des Grundgesetzes ist investitionsfeindlich. Niedersachsen wird sich dadurch jedoch nicht lähmen lassen.“ Gleichzeitig erklärt die SPD, sie werde für das Land „konform mit den Regelungen von Schuldenbremse und Fiskalpakt neue Handlungsspielräume eröffnen“. FDP-Fraktionschef Stefan Birkner hatte SPD und CDU in der Finanzpolitik jüngst eine „Gespensterdebatte“ vorgeworfen – beide würden um die Schuldenbremse ringen, obwohl doch klar sein müsse, wie unrealistisch deren Abschaffung sei. Diese Bestimmung ist mit Zweidrittelmehrheit ins Grundgesetz aufgenommen worden und könnte nur mit einer ähnlich hohen Hürde wieder daraus getilgt oder verändert werden.

„Am Ende hängt es an den Stabilitätskriterien der EU, ob das Ausufern der Verschuldung verhindert wird.“

Hilbers vermied es, auf die programmatischen Positionen im Vorfeld der Landtagswahl einzugehen. Er sagte nur, die Regeln der Schuldenbremse hätten in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie „keineswegs eine Investitionsbremse“ seien. Zum einen gewährleiste die „Konjunkturkomponente“, dass bei schwächelnder Konjunktur Kredite aufgenommen werden dürften, die dann zur Belebung der Wirtschaft eingesetzt werden. Zum anderen gebe es daneben noch die Bestimmung, die im Fall einer Notlage, „die sich der Kontrolle des Staates entzieht“, eine Kreditaufnahme erlaubt. Davon hatte Niedersachsen während der Corona-Pandemie im erheblichen Umfang Gebrauch gemacht – nämlich in Höhe von rund 8 Milliarden Euro. Strikte Regeln für die rasche Rückzahlung sind allerdings verbindlich. Prof. Büttner sieht nun das Problem, dass einzelne Bundesländer die Corona-Schulden umgewidmet und für andere Zwecke als die Notlagenbekämpfung genutzt hätten. Auch für den Bund treffe das mit dem jetzt von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) eingeschlagenen Weg zu. Der Wirtschaftswissenschaftler wittert die Gefahr, dass Stabilitätsregeln aufgeweicht werden und in der Zeit einer Inflation ein sich weiter verschuldender Staat „Öl ins Feuer gießt“. In der EU wollten fast alle Mitgliedsstaaten ihre Begrenzungen abstreifen und mehr Kredite aufnehmen. „Am Ende hängt es dann an den Stabilitätskriterien der EU, ob das Ausufern der Verschuldung verhindert wird“, meinte der Professor. Nationale Regeln allein böten diese Gewähr nicht mehr.

LNG-Terminal in Wilhelmshaven wird zum Balance-Akt für die Grünen

Der Rammschlag ist gesetzt, der Bau des neuen LNG-Anlegers in Wilhelmshaven kann beginnen. Schon im Winter soll über den Seehafen flüssiges Gas über eine schwimmende Gasspeicher- und Regasifizierungsanlage (FSRU) ins Fernleitungsnetz eingespeist werden. Für Energieminister Olaf Lies (SPD) und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) ist das Grund zu jubeln. Die niedersächsischen Grünen blicken dagegen mit gemischten Gefühlen auf das Erdgas-Projekt, das ausgerechnet von einem Grünen-Bundesminister vorangetrieben wurde. „Es ist besonders peinlich für



die Grünen, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck extra anreist und dieser Bausünde der fossilen Energie seinen Segen gibt“, spottete gestern Daphne Weber vom Parteivorstand der Linken und sagte: „Statt mit Hochdruck in erneuerbare Energien zu investieren, verbricht man jetzt ein LNG-Terminal, das man letztes Jahr noch abgelehnt hat.“ Christian Meyer, zweiter Spitzenkandidat der Grünen in Niedersachsen, nimmt die Kritik jedoch gelassen. Auch die scharfe Haltung der Umweltverbände, die das LNG-Terminal strikt ablehnen, stehe nicht im Gegensatz zur Parteilinie.

**„Es ist uns wichtig, dass es für die
LNG-Terminals eine klare Befristung gibt.“**

„Es ist ja klar: Man kann fossiles Gas aus Russland jetzt nicht eins zu eins durch fossiles Gas aus anderen Quellen ersetzen, sondern muss auch bei den Erneuerbaren Energien einen Turbo zünden“, sagt Meyer im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick und macht klar: „Es ist uns wichtig, dass es für die LNG-Terminals eine klare Befristung gibt und sie mit den Klimazielen in Übereinstimmung stehen. Es kann nur ein kurzer Übergang zu den Erneuerbaren Energien sein und wir fordern, dass parallel dazu auch schon die Wasserstoff-Infrastruktur ausgebaut wird.“ BUND-Landesgeschäftsführerin Susanne Gerstner befürchtet dagegen „gravierende Auswirkungen durch die heute beginnenden Baumaßnahmen auf das Wattenmeer und die Küste“. Und auch der Nabu ärgert sich über mangelnde Beteiligung der Naturschutzverbände. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat bereits Widerspruch gegen die Genehmigung durch den Niedersächsischen Landesbetrieb für

Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) eingelegt. Der Bau eines LNG-Terminals sei „energiepolitisch nicht nachvollziehbar und aus Sicht des Klima- und Naturschutzes klar abzulehnen“. Der niedersächsische CDU-Fraktionsvize Ulf Thiele kritisierte das Verhalten der Umwelthilfe als „entlarvend“. „Die sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Folgen sind diesen Herrschaften offenbar egal“, ärgerte sich Thiele über die DUH. Habeck verteidigt die LNG-Lösung als „Brückentechnologie“: „Diese Brücke wollen wir so kurz wie möglich halten.“ Eine mögliche Klage der DUH gegen das Flüssiggas-Projekt hatte Habeck mit den Worten kommentiert: „Das solltet ihr nicht tun an dieser Stelle.“

Die Baukosten für das schwimmende LNG-Terminal liegen bei 40 Millionen Euro.

Die Baukosten für das schwimmende LNG-Terminal liegen laut Althusmann bei 40 Millionen Euro, hinzu kommen 5 Millionen Euro für die Planung. Das Terminal wird von Uniper betrieben und von Open Grid Europe (OGE) an das deutsche Erdgasnetz angebunden. Das Energieunternehmen EWE will von dieser Leitung etwas Gas abzweigen. „Möglich wird so der Abtransport von Mengen in das nordwestdeutsche Netz. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass die Kapazität der neuen Infrastruktur möglichst gut ausgeschöpft wird“, sagt EWE-Vorstandsvorsitzender Stefan Dohler. Sowohl Althusmann als auch die niedersächsische Wirtschaft drängen darauf, dass auch Stade zu einer LNG-Drehscheibe wird. Auf Bundesebene ist das aber noch kein Thema. „Die Pläne für Stade müssen so rasch wie möglich vorangetrieben werden“, fordert Birgit Stehl. Die Hauptgeschäftsführerin der IHK Niedersachsen sagt: „Aus Sicht der niedersächsischen Wirtschaft hat dies vor allem mit Blick auf die noch immer nicht absehbaren Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine und die damit verbundenen Energielieferengpässe oberste Priorität.“

Wasserstoff für Versorgungsschiffe: In Cuxhaven hat Wintershall Dea am Mittwoch offiziell mit dem Bau einer Elektrolyseanlage zur Erzeugung von grünem Wasserstoff begonnen. Mit dem CO₂-neutralen



Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Wirtschaftsminister Bernd Althusmann sind zum Rammschlag nach Wilhelmshaven gereist.

Treibstoff sollen zukünftig die vier Versorgungsschiffe für das Erdölfeld Mittelplate betrieben werden. Das förderstärkste Erdölfeld Deutschlands liegt im schleswig-holsteinischen Wattenmeer und erzeugt knapp drei Millionen Liter Öl täglich. Die Bohr- und Förderinsel wird von Cuxhaven aus versorgt, wobei ein Versorgungsschiff pro Jahr rund 275.000 Liter Diesel verbraucht. Damit die Fahrten künftig klimaneutral sein können, wird der klimaneutral erzeugte Wasserstoff in Cuxhaven auch verdichtet und in Speichern mit verschiedenen Druckstufen gelagert. In den Tankcontainer der Schiffe wird der Wasserstoff dann mithilfe einer

Brennstoffzelle in Strom umgewandelt, der wiederum einen Elektromotor betreibt. „Durch diese erste praktische, maritime Anwendung soll in Cuxhaven der Grundstein für eine Wasserstoffinfrastruktur gelegt werden, von deren Ausbau der Hafen und die gesamte Region profitieren“, sagt Wintershall-Dea-Sprecher Derek Mösche.

Wasserstoff fürs Gaskraftwerk: In Lingen hat Energieminister Olaf Lies (SPD) bereits am Dienstag eine Förderzusage über 8 Millionen Euro für eine Elektrolysetestanlage von RWE überreicht. „Hier schaffen wir gemeinsam die Basis für einen ganzen Elektrolyseur-Park, der hier entstehen kann und soll“, sagte Lies. Laut RWE spielt der Standort Lingen eine Schlüsselrolle in der Wasserstoffstrategie des Konzerns. „Bis 2030 wird RWE zwei Gigawatt eigene Elektrolysekapazität schaffen, um damit grünen Wasserstoff zu erzeugen“, beschreibt Wasserstoff-COO Sopna Sury die Pläne auf dem Gelände des Gaskraftwerks Emsland. Ab Frühjahr 2023 soll die Anlage mithilfe von grünem Strom bereits 290 Kilogramm grünen Wasserstoff pro Stunde erzeugen, der in ein öffentliches Netz eingespeist oder als Brennstoff für die Gasturbinen beigemischt werden soll. „Mit der Versuchsanlage wollen wir Betriebsenerfahrungen im industriellen Einsatz der beiden Technologien sammeln, die etwa als Teil von ‚Get H2‘ im dreistelligen Megawatt-Bereich zum Einsatz kommen sollen“, sagt Sury. Das Ziel von „Get H2“ sei es, gemeinsam mit anderen Partnern aus der Wirtschaft „die kritische Masse zu schaffen, die es braucht, um den Aufbau einer überregionalen Wasserstoffinfrastruktur in Gang zu setzen“.

74 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, dass Deutschland selber Erdgas fördern sollte.

Heimische Gasförderung wieder salonfähig: Fast Dreiviertel der Bundesbürger (74 Prozent) ist nach dem russischen Angriff auf die Ukraine der Ansicht, dass Deutschland selber Erdgas fördern sollte. Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag von Wintershall Dea halten 41 Prozent der Befragten die heimische Erdölförderung für wichtig, 33 Prozent sogar für



Olaf Lies überreichte RWE am Dienstag eine Förderzusage für eine Elektrolysetestanlage in Lingen.

sehr wichtig. Seit Kriegsbeginn ist auch das Vertrauen in die Energiesicherheit gesunken. 56 Prozent der Befragten glauben nicht mehr daran, dass die Energieversorgung jederzeit gesichert ist. Das sind 13 Prozent mehr als noch im Februar 2022. Nur noch jeder Zehnte (11 Prozent) hält Russland für einen verlässlichen Energiepartner. Bei einer Forsa-Umfrage 2018 vertrauten noch 49 Prozent der Befragten auf russische Energieimporte.

Beratungsaufwand steigt: Landesfachstelle Trans wünscht sich Hilfen von der Politik

Von Audrey-Lynn Struck

Als ich eine neue E-Mail in meinem Postfach öffne, springt mir in der Signatur sofort „Kein Pronomen/ Es“ ins Auge. Die Anmerkung steht direkt unter dem Namen von Robin Ivy Osterkamp, „Referent*in für trans* und nicht-binäre Themen der Landesfachstelle Trans*“. „Ich hoffe, dass ich das ohne Pronomen hinbekomme. Wenn nicht, dann entschuldigen Sie bitte schon einmal im Voraus“, falle ich ein paar Stunden später am Telefon mit der Tür ins Haus. Osterkamp lacht. Vielleicht schon in der Vorausahnung, dass die größte Herausforderung, genderneutrale Personalpronomen zu verwenden, erst noch vor mir liegen wird.

„In den vergangenen Jahren hat das Thema Transgender ganz schön an Fahrt aufgenommen“, berichtet Osterkamp. Ein deutlicher Anstieg an Anfragen von Jugendlichen, Eltern oder auch Schulen ist in der Landesfachstelle zu beobachten. „Unsere Geschäftsführerin sagt immer: Wenn bei ihr das Telefon klingelt, geht es meist um Trans“, erzählt Osterkamp mit einem Schmunzeln. Das Thema Homosexualität hingegen sei mittlerweile ziemlich in der Gesellschaft angekommen, es gäbe weniger Fragen und der Umgang sei sicherer geworden. Die Landesfachstelle ist eines von vier Netzwerken des „Queeren Netzwerkes Niedersachsen“ (QNN). Osterkamp arbeitet seit 2019 bei QNN und sagt: „Wir sind Fördergeberin und Interessenvertretung für queere Verbände, Selbsthilfegruppen oder auch Vereine.“ Unterstützt wird die Arbeit vom niedersächsischen Sozialministerium, die Gelder werden dann vom Queeren Netzwerk weiterverteilt. „Sozusagen von queeren Communitys für queere Communitys“, sagt Osterkamp.

Durch die Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung ist das Thema Transgeschlechtlichkeit weiter in den Fokus gerückt worden. Das geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ soll Rechte stärken und zeitgleich das umstrittene „Transsexuellengesetz“ ablösen. Bisher müssen Betroffene ein Gerichtsverfahren und zwei Gutachten durchlaufen, um ihren Namen und ihren Geschlechtseintrag ändern zu lassen. In diesem Zusammenhang fallen oft Begriffe wie „demütigend“ und „menschchenverachtend“. „In der Begutachtung sind transsexuelle Menschen gezwungen, sehr intime Fragen zu beantworten. Da stehen dann Fragen wie: Denken Sie über Sex mit Tieren nach?“, sagt Dominik Ruder, Vorstand des Queeren Netzwerkes Gifhorn. Die Kosten für die Gutachten liegen bei rund 2000 Euro und müssen meist aus eigener Tasche bezahlt werden.



Robin Ivy Osterkamp

Osterkamp hat dieses Prozedere 2017 selbst durchlaufen, im Alter von 21 Jahren. Damals wurden zwei Psychologen vom Gericht zugeteilt, die jeder innerhalb von ein bis zwei Stunden den ihnen unbekannt Menschen analysieren sollten. „Sie versuchen etwas zu diagnostizieren, was sich aber nicht diagnostizieren lässt.“ Die Psychologen arbeiteten die Biographie ab, sprachen mögliche Traumata an und setzten einen großen Fokus auf das Sexualleben. „Das war der anstrengende Teil. An vielen Stellen war es auch echt übergriffig und hatte eigentlich gar nichts mit der Sache zu tun.“ Da fielen Fragen zu den Präferenzen bei Sex-Toys, zur Häufigkeit bei der Selbstbefriedigung oder zur Beziehung zum eigenen Genital. „Es entsteht ein extremes Machtgefälle. Man hat das Gefühl, dass man keine Aussage verweigern darf. Schließlich entscheidet diese Person vor dir über dich.“ Einiges sei am Rande der Pseudowissenschaft gewesen. Etwa als Osterkamp Bälle fangen und so Rückschlüsse auf die Sexualität gezogen werden sollte. Eine weitere Hürde: Damals gab es den Geschlechtseintrag divers noch nicht.

**„Auch mit 14 Jahren haben Trans-Menschen
durchaus die geistige Reife selbst zu entscheiden,
welche Geschlechtsidentität sie für sich wählen.“**

Mit dem Selbstbestimmungsgesetz soll man zukünftig bereits ohne Gutachten oder Gerichtsverfahren beim Standesamt den Geschlechtseintrag und seinen Vornamen ändern dürfen – ab 14 Jahren und ohne vorherige Einwilligung der Eltern. Ein Zusatz, der mich bei meiner vorherigen Recherche stützen lässt. Kann man in der Pubertät bereits zweifelsfrei abschätzen, ob man sich im falschen Körper geboren fühlt? Osterkamp bejaht. „Für die meisten ist es eine innere Gewissheit. Ein Gefühl, dass die Bezeichnung oder Einteilung in ein Geschlecht nicht passt. Wenn ich Sie plötzlich mit ‚Herr‘ ansprechen würde, würde sich das doch auch falsch anhören oder?“ Zuspruch kommt in dieser Frage auch von dem Vorstandsvorsitzenden Ruder: „Auch mit 14 Jahren haben Trans-Menschen durchaus die geistige Reife selbst zu entscheiden, welche Geschlechtsidentität sie für sich wählen.“ Bereits in der Pubertät fing es bei Osterkamp an. Die Kleidung wurde androgyner, der Umgang mit dem eigenen Geschlecht spielerischer. „Immer häufiger waren die Leute irritiert von meinem Geschlecht und ich dachte: Das fühlt sich gut an. Genau so möchte ich behandelt werden.“ Bereits vor der Änderung des Geschlechtseintrags beginnen die meisten eine Hormontherapie, zum Teil auch eine Geschlechtsangleichende Operation, die im Alter von 18 Jahren empfohlen wird. Davor ist über einen Zeitraum von mindestens einem halben Jahr eine Begleittherapie obligatorisch.

Jetzt richtet sich der Blick gespannt auf die bevorstehende Landtagswahl. Sowohl Osterkamp als auch Ruder wünschen sich gerade bei der Beratung von Transsexuellen mehr Unterstützung – auch finanzieller Art – von der Politik. „Die Anfragen steigen und dennoch müssen viele weiterhin ehrenamtlich arbeiten. Sie sind am Limit“, sagt Osterkamp. „Die zukünftige Landesregierung sollte Kommunen dabei unterstützen, lokal queere Angebote auch langfristig halten zu können und Beratungsstellen zu schaffen. Verbesserungsbedarf gibt es an allen Ecken und Enden“, sagt Ruder. „Die Grünen und Linke sind am ehesten bei dem Thema dabei und haben es auf dem Schirm. Die SPD denkt das ein bisschen mit, ich weiß aber nicht, wie gut sie das auch alleine umsetzen würden“, so Osterkamp.

Ein besonders konfliktbehafteter Bereich ist die Schule. „Hier sind Lehrkräfte überfordert, weigern sich neue Namen und Pronomen zu akzeptieren und zu nutzen“, weiß Ruder aus Erfahrung. Da sei die Politik und insbesondere das niedersächsische Kultusministerium gefragt. „Die Landespolitik könnte handfeste, verpflichtende Maßnahmen herausgeben, wie Schule mit der Thematik umgehen sollte.“ Auch Osterkamp bemängelt fehlende rechtssichere Aussagen von der Landesregierung. Zum Beispiel, ob Lehrer den Namen auf Zeugnissen auf Wunsch des Kindes ändern dürfen, auch wenn der Geschlechtseintrag noch nicht geändert wurde. Ein weiteres Thema seien Unisex-Toiletten, die es in den meisten Schulen bisher nicht gibt. „Wir können nur Empfehlungen aussprechen, die aber nicht hundertprozentig wasserdicht sind. Gäbe es die, so ließe sich auch der Beratungsaufwand für uns abbauen.“ Ein weiterer Ansatz wären für Lehrkräfte verpflichtende Fort- und Weiterbildungen zum Thema Diversität, sagt Ruder. Seit ein paar Jahren gehen Ehrenamtliche vom Antidiskriminierungsverband „Schlau Niedersachsen“ an Schulen und bieten dort Workshops zu den Themen Homo, Inter- und auch Transsexualität an. Das sollte aber nicht die Regel werden, fordert Osterkamp. „Es kann nicht sein, dass Ehrenamtliche und Betroffene sich um das Thema kümmern und es an die Schulen bringen müssen. Die Ministerien ruhen sich schon ein kleines bisschen darauf aus, dass sie das Projekt finanziell unterstützen. Das reicht aber nicht.“

P U N D P

Personen & Positionen

Mehrdad Payandeh, DGB-Vorsitzender in Niedersachsen, und UVN-Hauptgeschäftsführer Volker Müller haben ein „Konsenspapier zur Beruflichen Bildung“ vorgestellt. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wirken gemeinsam mit Vertretern von Landesbehörden im „Landesausschuss für Berufsbildung“ zusammen. Sie fordern nun im Vorfeld der Landtagswahl, die Berufsorientierung in der Schulbildung zu verstärken, mehr Anstrengungen für den Erfolg von Berufsausbildungen zu unternehmen, die Berufsschulen „zukunftsfest zu gestalten“ und überbetriebliche Ausbildungsstätten für Handwerk, Landwirtschaft und Bauindustrie auszubauen.

Reinhold Hilbers, Finanzminister, hat den Start der Grundsteuer-Neuberechnung verkündet. In den kommenden Wochen werde jeder Eigentümer eines Grundstücks ein Informationsschreiben erhalten – ab kommenden Montag würden täglich 150.000 davon verschickt, damit bis Mitte Juni jeder Betroffene eines erhalten habe. Jeder Grundstückseigentümer sei verpflichtet, eine Erklärung gegenüber dem Finanzamt abzugeben – wobei in den meisten Fällen nur die mitgeteilten Angaben überprüft und bestätigt werden müssen. Diese besondere Steuererklärung müsse jeder auch nur einmal abgeben. Hilfreich

sei der Grundsteuer-Viewer, eine Kartendarstellung, aus der die Grundstücksfläche online ablesbar ist: www.grundsteuer-viewer.niedersachsen.de.

Thorsten Möllmann (54) ist neuer Leiter der Konzernkommunikation der Salzgitter AG. Der studierte Publizist und Kommunikationswissenschaftler soll laut Konzern-Chef Gunnar Groebler vor allem die neue Strategie „Salzgitter AG 2030“ und die Ausrichtung zur Kreislaufwirtschaft nach außen kommunizieren. Möllmann kommt von der Schaeffler AG und war zuvor bei EADS und der Airbus-Group in Leitungsfunktion tätig. Der neue Kommunikationschef ist Groebler direkt unterstellt.

Imelda Labbé (54) wird am 1. Juli neue Vorständin für Vertrieb, Marketing und After Sales bei Volkswagen Personenwagen. Labbé folgt auf Klaus Zellmer, der vom VW-Vertriebschef zum neuen Vorstandsvorsitzenden bei der VW-Tochter Skoda aufsteigt und nach Tschechien geht. Laut Volkswagen-COO Thomas Schäfer soll Labbé „Volkswagen als sympathische Marke mit tollen Produkten und Services“ präsentieren. Die 54-Jährige hat bei Opel, General Motors, Skoda und zuletzt als Sprecherin der Geschäftsführung der Volkswagen Originalteile Logistik GmbH (OTLG) mehr als 35 Jahre Erfahrung in der internationalen Automobilindustrie.



BILDNACHWEISE

Titelbild: Gettyimages/Eoneren ; S. 3: Dea ; S. 4: Andreas Burmann ; S. 5: MU ; S. 6: Privat ; S. 9 Volkswagen AG

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur V.i.S.d.P.)
Christian Wilhelm Link (Chefredakteur Wirtschaft)
Niklas Kleinwächter (Chef vom Dienst)
Audrey-Lynn Struck (Redakteurin)
Sina Gartz (Assistenz)
Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59
redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871,
Erscheinungsweise reg. 5 x wöchentlich